

GLP und Mitte: Parolen im Aargau gegen Trend ihrer Wählerschaft

Grünliberale Aargau sagen Nein zum Medienpaket und könnten Abweichler-Sektion werden, Aargauer Mitte unterstützt Vorlage gegen nationalen Trend.

Fabian Hägler

Abstimmungskampf Glaubt man der aktuellsten Umfrage von Tamedia und «20 Minuten», hat es das Medienpaket am 13. Februar an der Urne sehr schwer. Demnach sagten zurzeit 39 Prozent Ja zum Mediengesetz, 57 Prozent sprechen sich dagegen aus. Damit ist das Nein-Lager im Vergleich zur ersten Befragung von Anfang Januar um 6 Prozentpunkte gewachsen. 4 Prozent der Teilnehmenden an der Umfrage – diese wurde auf den Newsportalen der Tamedia-Zeitungen durchgeführt – sind noch unentschieden. Mehrheiten findet die Vorlage laut der Umfrage im Lager der SP und Grünen sowie knapp bei der GLP. Nein sagen eher Wählerinnen und Wähler von SVP, FDP und Mitte.

Vergleicht man die Ergebnisse mit den Parolen der Parteien im Aargau, so ergibt sich ein ähnliches Bild – allerdings mit bemerkenswerten Abweichungen bei zwei Parteien. So hat die Aargauer GLP an ihrer Mitgliederversammlung vom 14. Januar die Nein-Parole gefasst. Für ein Ja setzte sich Martin Nietlisbach von der Freiämter Regionalmedien AG ein, für ein Nein warb Evelyn Motschi von den Jungfreisinnigen Aargau. Eine knappe Mehrheit der Aargauer Grünliberalen folgte der Jungpolitikerin, wie die GLP nach der Mitgliederversammlung mitteilte.

GLP Aargau könnte mit Nein zur doppelten Abweichlerin werden

Damit entspricht die Parole der Aargauer GLP nicht der Position der grünliberalen Wählerinnen und Wähler, die sich in der Tamedia-Umfrage für ein Ja aussprachen. Die GLP Aargau könnte auch parteiintern zur Abweichler-Sektion werden: Die GLP Schweiz fasst ihre Parole heute Samstag, der Parteivorstand und die Bundeshausfraktion empfehlen der nationalen Delegiertenversammlung eine Ja zum «Massnahmenpaket zugunsten der Medien».

Ebenfalls gegen den Trend positionierte sich die Mitte Aargau: Am Parteitag vom 18. Januar wurde grossmehrheitlich die Ja-Parole beschlossen. In der Tamedia-Umfrage zeigte sich aber, dass 55 Prozent der Mitte-Anhänger das Medienpaket ablehnen. Immerhin dürfte die Parole der Mitte Aargau im Einklang mit jener der nationalen Partei stehen: Die Bundeshausfraktion hat sich klar für ein Ja ausgesprochen und empfiehlt dies auch der Delegiertenversammlung, die ebenfalls heute Samstag stattfindet.

Die übrigen Parolen der Aargauer Parteien entsprechen sowohl denen ihrer Wählerschaft gemäss aktuellster Umfrage als auch denen der nationalen Parteien, Nein sagen SVP, FDP, EDU und GLP, ein Ja empfehlen SP, Grüne, EVP und die Mitte, wie der Parolenspiegel oben rechts zeigt.

Gewerbeverband: «Nicht mehr wettbewerbsfähige Strukturen»

Gegen das Medienpaket sind auch die beiden Wirtschaftsverbände: «Der Vorstand der Aargauischen Industrie- und Handelskammer hat an seiner letzten Sitzung mit grosser Mehrheit die Nein-Parole gefasst», teilt Sprecherin Jelena Teuscher mit. Der Aargauische Gewerbeverband, der von SVP-Nationalrat

Parolen der Aargauer Parteien und Verbände zum Medienpaket

NEIN-Parole:

SVP: (Empfehlung der Geschäftsleitung), FDP: (71 zu 22, Parteitag vom 18. Januar), GLP (knapp, Mitgliederversammlung vom 14. Januar), EDU (Parole der EDU Schweiz), Aargauischer Gewerbeverband (Präsidium), Aargauische Industrie- und Handelskammer (Vorstand, grossmehrheitlich).

JA-Parole

Die Mitte (grossmehrheitlich, Parteitag vom 18. Januar), EVP: (Parole der EVP Schweiz), Grüne: (35 zu 1, Mitgliederversammlung vom 18. Januar), SP: (54 zu 2, Parteitag vom 13. Januar), Arbeit Aargau.

Benjamin Giezendanner präsidiert wird, begründet seine Ablehnung in einer ausführlichen Mitteilung.

Das Präsidium des Gewerbeverbandes ist der Meinung, es werde nur die staatspolitisch und demokratisch hohe Bedeutung der Vielfalt von Medien betont. Zudem berücksichtige das Medienpaket die Bedürfnisse der lokalen und regionalen Medien in ungenügender Weise. Der Verband weist darauf hin, dass die Finanzierung der Medien heute im Wesentlichen durch die Wirtschaft erfolge. «Die KMU, die Werbung und Inserate schalten, werden dies dort machen, wo es am meisten Erfolg bringt», schreibt der Verband.

Ausgewählt werde derjenige Ort, wo auch die Mehrheit der Bevölkerung sich informiert. Der Bund wolle aber mit dem Medienpaket gerade jene Medien unterstützen, «die vom Inhalt oder von der Aufmachung oder von der Art des Mediums her nicht mehr attraktiv sind für die Bevölkerung.» Das Medienpaket halte nicht mehr wettbewerbsfähige Strukturen am Leben, was volkswirtschaftlich schädlich sei.

Arbeit Aargau: «Die Medien gehören zum Service public»

Für ein Ja setzt sich Arbeit Aargau ein, die Dachorganisation der Gewerkschaften hält fest: «Die Medien sind vermehrt unter finanziellen Druck geraten, da sie ihre Werbeeinnahmen an internationale Internetplattformen verlieren.» Seit 2003 seien über 70 Zeitungen verschwunden, viele lokale und regionale Medien seien akut bedroht. «Unter dem finanziellen Druck in der Medienbranche leiden auch die Arbeitnehmenden – Löhne sinken, Arbeitsbedingungen verschlechtern sich und Arbeitsplätze werden abgebaut», schreibt Arbeit Aargau.

Aus der Sicht der Gewerkschaften ist eine vielfältige Medienlandschaft für eine starke Demokratie unabdingbar. «Die professionelle, differenzierte und unabhängige Berichterstattung ist Ausdruck der Meinungsfreiheit und fördert die Meinungsbildung landesweit, regional und kommunal.» Deshalb seien die Medien als Teil des Service public zu qualifizieren, was staatliche Unterstützungsleistungen nicht nur rechtfertige, sondern notwendig mache, schreibt Arbeit Aargau.